

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Plenarsitzungsdokument

23.11.2005

B6-0620/2005

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an Erklärungen des Rates und der Kommission

gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Robert Sturdy, Georgios Papastamkos, Joseph Daul, Maria Martens und Paul Rübig

im Namen der PPE-DE-Fraktion

zur Vorbereitung der 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong

B6-0620/2005

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Vorbereitung der 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf den an Bedingungen geknüpften Verhandlungsvorschlag der Europäischen Union im Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde vom 28. Oktober 2005,
 - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 18. Oktober 2005 zur Doha-Entwicklungsagenda der WTO,
 - unter Hinweis auf das revidierte Angebot der Europäischen Union zum GATS, das bei den laufenden Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) sowie im Kontext der Doha-Entwicklungsagenda (DDA) vorgelegt wurde,
 - unter Hinweis auf den Bericht des Europäischen Parlaments über die Bewertung der Doha-Runde nach der Vereinbarung des Allgemeinen Rates der WTO vom 1. August 2004 (2004/2138(INI)),
 - unter Hinweis auf die am 1. August 2004 geschlossene Vereinbarung des Allgemeinen Rates zum Doha-Arbeitsprogramm,
 - unter Hinweis auf die am 14. November 2001 abgegebene Doha-Ministererklärung der Welthandelsorganisation (WTO),
 - gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere dessen Artikel 36, 27 und 133,
 - gestützt auf Artikel 103 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass das in der Welthandelsorganisation verankerte multilaterale Handelssystem in den vergangenen fünfzig Jahren entscheidend zu Wirtschaftswachstum, Entwicklung und Beschäftigung beigetragen hat,
- B. in der Erwägung, dass der internationale Handel bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Abbau der Armut eine wichtige Rolle spielen kann und dass die Minister anerkannt haben, dass all unsere Völker von den gestiegenen Chancen und den Wohlfahrtsgewinnen profitieren müssen, die das multilaterale Handelssystem schafft, und versucht haben, die Bedürfnisse und Interessen der Entwicklungsländer – insbesondere der am wenigsten entwickelten – in den Mittelpunkt des Doha-Arbeitsprogramms zu stellen,
- C. in der Erwägung, dass der Allgemeine Rat am 1. August 2004 die Ministererklärungen und -beschlüsse von Doha sowie das umfassende Engagement aller Mitglieder

bekräftigte, sie in die Praxis umzusetzen, und einen Verhandlungsrahmen vorgab, um das Doha-Arbeitsprogramm voll und ganz zu verwirklichen und die in Doha eingeleiteten Verhandlungen erfolgreich abzuschließen,

1. verweist auf sein Engagement für die multilateralen Handelsverhandlungen innerhalb der WTO, wodurch weltweit ein freies und faires Handelssystem sichergestellt werden soll; bedauert die bisherigen langsamen Fortschritte in den Verhandlungen im Vorfeld von Hongkong;
2. fordert die Kommission und die anderen Handelspartner auf, das ehrgeizige Programm der Doha-Entwicklungsagenda unter umfassender Achtung der Entwicklungsdimension zu respektieren; fordert daher eine konstruktive 6. Ministerkonferenz in Hongkong, die einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Entwicklungsagenda im Jahr 2006 erlaubt;
3. betont, dass das Ergebnis der Doha-Entwicklungsagenda ausgewogen sein und Verpflichtungen in jedem entscheidenden Sektor der Doha-Runde beinhalten muss; begrüßt daher uneingeschränkt die Tatsache, dass die Europäische Kommission am 28. Oktober 2005 ihr abschließendes Angebot für die Landwirtschaft an die Erzielung von Fortschritten in allen entscheidenden Verhandlungsbereichen knüpft;
4. unterstreicht, dass die Besonderheit des multifunktionalen Charakters der Landwirtschaft in der Europäischen Union in den Handelsverhandlungen respektiert werden sollte; betont die von der Europäischen Union unternommenen umfangreichen Anstrengungen zum Abbau der internen Stützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft;
5. unterstützt eine stufenweise Einstellung der Exportsubventionen, wobei die uneingeschränkte Parallelität aller Ausprägungen des Exportwettbewerbs, einschließlich Nahrungsmittelhilfe, Exportsubventionen und Staatshandelsunternehmen, seitens aller Industrieländer sicherzustellen ist;
6. fordert die Industriestaaten auf, ihre Märkte durch einen zoll- und quotenfreien Zugang für Erzeugnisse aus den am wenigsten entwickelten Ländern zu öffnen, wie es die Europäische Union, insbesondere im Zuge der „Everything but Arms“-Initiative, bereits getan hat; betont, dass dies wichtige Impulse für den Nord-Süd-Handel bringen würde;
7. fordert, dass die WTO-Verhandlungen über den Marktzugang für nichtlandwirtschaftliche Güter (NAMA) möglichst rasch beschleunigt werden sollten, da die Handelshemmnisse zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, aber auch zwischen Entwicklungsländern ein Hindernis für eine nachhaltige Entwicklung sind; erachtet es im Hinblick auf eine weitere allmähliche Süd-Süd-Markttöffnung als unerlässlich, dass die fortgeschritteneren Länder die Verantwortung übernehmen, ihre Märkte für die am wenigsten entwickelten Länder zu öffnen; vertritt die Ansicht, dass das Problem der Aushöhlung von Präferenzen ebenfalls angegangen werden sollte;
8. stellt fest, dass es von strategischer Bedeutung ist, dass, sofern gerechtfertigt, alle Handelspartner auch ihre nichttarifären Handelshemmnisse beseitigen, da sie den Marktzugang behindern, was sogar in noch stärkerem Maße der Fall sein könnte, wenn die tarifären Hemmnisse weiter abgebaut werden;

9. ist der Auffassung, dass der Handel mit Dienstleistungen erheblich von der Öffnung der Märkte profitieren könnte, was zu mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Industrie- und Entwicklungsländern führen könnte; ist der Ansicht, dass in diesem Bereich, allerdings vorbehaltlich der Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungswesen sowie im audiovisuellen Sektor, wesentliche Fortschritte erzielt werden müssen;
10. unterstützt uneingeschränkt das revidierte Angebot der Europäischen Union vom Januar 2005, in dem ein verbesserter Marktzugang für Dienstleistungen, auch in neuen Bereichen, gefordert wird; fordert die übrigen WTO-Mitglieder dringend auf, das gleiche Engagement zu zeigen und entsprechende Angebote vorzulegen; vertritt die Auffassung, dass angesichts der bisherigen mangelnden Fortschritte in den Doha-Verhandlungen ergänzende Konzepte für eine weitere Marktöffnung für Dienstleistungen geprüft werden sollten;
11. stellt fest, dass Handel zur wirtschaftlichen Entwicklung aller Entwicklungsländer beiträgt; fordert daher konkrete Ergebnisse in Bezug auf die Entwicklungsaspekte der Doha-Runde, die bereits während der Ministerkonferenz in Hongkong erzielt werden müssen; ist der Ansicht, dass die Verwirklichung der differenzierten Sonderbehandlung integraler Bestandteil der WTO-Vereinbarungen sein sollte; vertritt die Auffassung, dass „Aid for Trade“ ein nützliches Instrument ist, um die Entwicklungsziele der Doha-Runde durch den Aufbau von Infrastrukturen und Entwicklungskapazität zu verwirklichen;
12. fordert die Stärkung des Kapazitätsaufbaus durch technische Unterstützung, die vor allem den Entwicklungsländern dabei helfen sollte, ihre Handels- und Exportkapazitäten auszuweiten, ihre Produktionsgrundlagen zu diversifizieren, Zolleinkünfte durch andere steuerliche Einnahmen zu ersetzen und die in der WTO eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen;
13. fordert die Ministerkonferenz von Hongkong auf, substanzielle Fortschritte auch in mehreren weiteren Bereichen zu erzielen; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, den Handel zu erleichtern, um den Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen den Ländern, insbesondere den Entwicklungsländern, auszuweiten; fordert nachdrücklich eine Klärung und Verbesserung der Artikel des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) von 1994 zur Erleichterung des Handels und zum umfangreichen Abbau der Bürokratie in Zollverfahren;
14. betont die Bedeutung konkreter Ergebnisse hinsichtlich stabilerer multilateraler Vorschriften in Bezug auf Antidumping (GATT Artikel VI), Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen, wobei die Bedürfnisse der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder zu berücksichtigen sind; fordert Fortschritte in Bezug auf die handelsbezogenen Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPs) sowie Maßnahmen gegen Nachahmung und Piraterie; die Verwirklichung dieser Zielsetzungen wird das multilaterale Handelssystem stärken;
15. unterstreicht, wie wichtig es ist, Fortschritte im Bereich der ökologischen Waren zu erzielen; verweist ferner auf die Bedeutung nichthandelsbezogener Anliegen, wie soziale

Verantwortung, Lebensmittelsicherheit und verantwortungsvolle Staatsführung;

16. hebt hervor, dass das Europäische Parlament vor und während der Verhandlungen der 6. WTO-Ministerkonferenz von der Kommission umfassend informiert und konsultiert werden muss;
17. betont, wie wichtig es ist, die öffentliche und politische Unterstützung für das multilaterale Handelssystem der WTO aufrechtzuerhalten; unterstreicht, dass eine bessere Information der Öffentlichkeit und eine Debatte über die Reform der WTO dringend notwendig sind;
18. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.